Die Selbstverwaltung muss vom Himmel der Utopie auf den Boden der Wirklichkeit gebracht werden

Autor(en): **Schäppi, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **1 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652156

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hans Schäppi

Die Selbstverwaltung muss vom Himmel der Utopie auf den Boden der Wirklichkeit gebracht werden

Kritische Bemerkungen zum SPS-Programmentwurf

Wer Kritik übt, läuft Gefahr, Beifall von der falschen Seite zu erhalten. Deshalb sei vorab festgestellt, dass der Programmentwurf, in welchem die Selbstverwaltung ins Zentrum der Überlegungen rückt, ein wichtiger Fortschritt ist gegenüber der Sozialdemokratie, wie wir sie aus der täglichen Praxis kennen, mit ihrer Theorie- und Prinzipienlosigkeit, die zur „Offenheit" emporstilisiert wird, meist aber nur Bereitschaft zum schlechten Kompromiss bedeutet. Gegenüber den führenden sozialdemokratischen Exponenten, die einmal einen *„Verlegenheitsliberalismus"*, einmal einen überlebten Modernismus verkünden oder dann wieder die eidgenössische Vergangenheit beschwören, besitzt der Programmentwurf eine bemerkenswert klare sozialistische Ausrichtung. Gerade diese klare Ausrichtung auf eine Gesellschaftsveränderung in sozialistischer Richtung lässt es aber unwahrscheinlich erscheinen, dass der Progammentwurf in dieser Eindeutigkeit zum Programm einer sozialdemokratischen Partei erhoben wird. Andererseits besitzt der Entwurf aber auch unübersehbare Mängel und schwerwiegende Schwächen. In gewisser Weise haben die Verfasser des Entwurfs den Parteigremien eine Zurückweisung und Ablehnung gerade wichtiger Programmpunkte zu leicht gemacht. Aber unabhängig von den Entscheidungen der Parteigremien und unabhängig vom Ausgang des Parteitages in Interlaken, stellt der Programmentwurf einen Beitrag zur politischen Diskussion über eine mögliche sozialistische Alternative in der Schweiz dar und verdient damit Auseinandersetzung und Kritik. Im folgenden also einige kritische Bemerkungen.

Im Zentrum des Programmentwurfs steht der **Begriff der Selbstverwaltung.** Es handelt sich dabei um einen vieldeutigen und schillernden Begriff, der klarere Unterscheidungen und Abgrenzungen nötig gemacht hätte.
Mit Selbstverwaltung kann eine Unternehmensform und Organisationstechnik gemeint sein, die Bildung von Genossenschaften, wo zwar das Kapital juristisch gesehen neutralisiert ist, die innerbetrieblichen Machtstrukturen aber keineswegs beseitigt sind, und die sich deshalb mit dem kapitalistischen Produktionssystem aufs Beste vertragen, wie etwa die Beispiele „Migros" und „COOP" zeigen. Um solche Organisationsformen rankt sich eine Genossenschaftsideologie, die auch innerhalb der Arbeiterbewegung eine Rolle spielt, die aber mehr mit politischer Romantik als mit Sozialismus zu tun hat. Wenn in dieser Frage keine klaren Unterscheidungen getroffen werden, können sich rasch Vieldeutigkeiten und Missverständnisse breit machen, wie sie schon im ideengeschichtlichen Rückblick von Rudolf H. Strahm sichtbar werden. Auf

der Suche nach sozialdemokratischen Vorläufern der Selbstverwaltung wird da auf die Frühsozialisten und Genossenschaftstheoretiker zurückgegriffen, während der Einfluss des Marxismus den Selbstverwaltungsgedanken angeblich zurückgedrängt habe. Die Konzepte der Selbstverwaltung der französischen Sozialisten und andere, welche die SP-Programmatiker inspiriert haben mögen, sind aber beinahe ausschliesslich von Marxisten ausgearbeitet worden. Vor allem auf genossenschaftliche und eidgenössische Traditionen sind wohl gewisse Unklarheiten des Programmentwurfs zurückzuführen. Andererseits werden unter dem Titel „Selbstverwaltung" heute wirtschafts- und gesellschaftstheoretische Konzepte der Dezentralisierung und der dezentralisierten Planung diskutiert, die gleichfalls mit der Tradition und der sozialistischen Zielsetzung der Arbeiterselbstverwaltung nur noch wenig zu tun haben. Zur Klärung des politischen Stellenwerts der Selbstverwaltung als Ziel und Strategie wären so einige Präzisierungen hilfreich gewesen.

Im Programmentwurf selber wird die Systemfrage klar gestellt. Mit Selbstverwaltung wird eine sozialistische Gesellschaft anvisiert, in welcher die Bereiche von Produktion und Konsum demokratisiert werden sollen und die nicht erreicht werden kann, ohne die kapitalistische Ökonomie, die Klassengesellschaft und den bürgerlichen Staat zu überwinden. Selbstverwaltung als Ziel und Methode wird dabei abgegrenzt gegenüber traditionellen reformistischen und kommunistischen Strategien und Zielsetzungen. Der Anspruch eines dritten Weges, wie er etwa von französischen Sozialisten oder italienischen Kommunisten diskutiert wird, wird denn auch an einigen Stellen im Programmentwurf deutlich formuliert, ja mit einigem Pathos vorgetragen. An diesem Anspruch muss damit der Programmentwurf auch gemessen werden.

Aber gerade dieser Anspruch wird im Programmentwurf nur sehr rudimentär eingelöst. Einerseits bleibt das Ziel, die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft, recht undeutlich und verschwommen. Noch weniger deutlich wird der „dritte Weg" als Strategie, der vom Kapitalismus in die Selbstverwaltungsgesellschaft führen soll. Es liegt dies vor allem daran, dass im Programmentwurf eine marxistische Analyse der heutigen Situation und damit eine genauere Bestimmung der Ansatzpunkte zu einer sozialistischen Strategie in der Schweiz fehlen. Zielsetzungen und Forderungen werden rein utopisch hingestellt. Damit bleibt auch die Selbstverwaltung eine Utopie, über die man zwar diskutieren und streiten kann, die aber sicherlich keine Strategie ist, welche den traditionellen Reformismus und kommunistische Strategien überzeugend aus dem Felde zu schlagen vermöchte. Dass der im Programmentwurf aufgezeigte Weg der Selbstverwaltung der einzige Ausweg aus der heutigen Situation sei, bleibt unbewiesen. Man muss da den beschwörenden Worten der Philosophen Glauben schenken – und das ist nicht jedermanns Sache! Dazu reicht auch die oberflächliche Kritik des Reformismus und des Sowjetsystems

nicht aus.

Die realen Ansatzpunkte einer sozialistischen Strategie können eben nicht ohne eine minimale Analyse der gegenwärtigen Situation sichtbar gemacht werden, insbesondere nicht, ohne **eine marxistische Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftskrise**. Nur eine solche Analyse vermöchte deutlich zu machen, weshalb refomistische Politik durchaus erfolgreich war und weshalb heute die Voraussetzungen für den Klassenkompromiss zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft infragegestellt sind. Wenn der Verteilungsspielraum kleiner wird, schwindet auch der Spielraum für Reformen. Andererseits wissen wir alle, dass in den kapitalistischen Ländern die soziale Lage der Arbeiterschaft stark differenziert und gerade in der Schweiz die Arbeiterschaft stark aufgespalten ist. In Phasen der Prosperität enthalten diese Differenzierungen weniger Sprengkraft; der grössere Verteilungsspielraum bewirkt, dass allen etwas gegeben werden kann. In Krisenphasen verändert sich die Situation. Die Krise trifft die Lohnabhängigen nicht gleichmässig und die traditionelle reformistische Verteilungspolitik muss sich mehr und mehr nur auf die privilegierten Arbeiterschichten abstützen. Reformistische Politik kann damit zum Keil werden, der verschiedene Arbeiterschichten auseinandertreibt. Sie läuft Gefahr, korporationistische Interessen zu verstärken und hat der Marginalisierung der Jugendlichen und Ausländer wenig entgegenzusetzen. An die Stelle von Reformen und Verbesserungen für alle Lohnabhängigen tritt die soziale Manipulation und Demagogie oder gar die Repression gegenüber unbequemen sozialistischen Minderheiten. Traditionelle reformistische Politik vermag in der Krise keine glaubhafte allgemeine Antwort mehr zu formulieren, sie droht zur korporationistischen Interessenpolitik abzusinken. Nur eine konkrete Kritik hätte aufzeigen können, weshalb in der Krise ein Bruch mit der traditionellen sozialdemokratischen Politik nötig ist, wenn die Interessen aller Lohnabhängigen verteidigt werden sollen. Dagegen wird die Frage der Integration in den bürgerlichen Staat im Programmentwurf in einer unfruchtbaren, abstrakten und moralisierenden Art angegangen, die wenig zur Klärung der Probleme beiträgt.

Wenig Konkretes ist im Programmentwurf auch zur Frage enthalten, **welches überhaupt die sozialen Kräfte sind, die eine sozialistische Veränderung einzuleiten und zu bewirken vermögen.** Welche Politik muss hier eingeschlagen werden? Welche Aufgabe kommt in diesem Zusammenhang den Gewerkschaften zu? Was ist mit denAngestellten? Wie kann die Gefahr einer Verselbständigung korporationistischer Interessen vermieden werden? In linkssozialdemokratischen Literaturlisten figuriert immer André Gorz. Was ist von seinem Abschied vom Proletariat im Zusammenhag mit der Selbstverwaltung zu halten? Wer setzt denn überhaupt die von Dichtern und Philosophen programmierten Veränderungen in Gang? Nur nebenbei sei auf den Widerspruch hingewiesen, dass der bei linken Sozialdemokraten heute so beliebte Gorz

die Arbeiter gar nicht zur Selbstverwaltung fähig hält. In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen, die der Programmentwurf mehr umgeht als dass er klare Positionen bezieht.

Vor allem fehlt dem Programmentwurf aber ein klares wirtschaftspolitisches Konzept, welches in Anknüpfung an eine Situationsanalyse ein Reformprogramm entwickelt, ein Kampfprogramm, welches die kurzfristigen Forderungen zur Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen in der Krise glaubhaft verknüpft mit den Forderungen, die die Überwindung des kapitalistischen Systems einleiten sollen.
Erst ein solches Programm macht die Mobilisierung für eine sozialistische Alternative möglich und stellt darum den Kern jedes sozialistischen Programms dar. Was haben die Lohnabhängigen in der Krise von der Sozialdemokratie zu erwarten? Das ist doch heute die zentrale Frage, auf welche das Programm keine genügende Antwort gibt. Was ist dem Bürgertum, welches heute in der Offensive ist, entgegenzusetzen? Was nützen da utopische Konzepte? Ein sozialistisches Programm ohne klares wirtschaftspolitisches Konzept als Mittelpunkt aller Überlegungen kann – man entschuldige die Härte des Ausdrucks – kaum ernstgenommen werden, denn es geht an den Erfordernissen der Zeit vorbei.

Dem Programmentwurf fehlt auch eine marxistische Analyse der Staatsfunktionen, insbesondere des Sozialstaats, d.h. der Systeme sozialer Sicherung. Ohne Soziallohn, d.h. ohne Staat, ist heute die Reproduktion der Arbeiterklasse nicht mehr möglich. Das weiss heute instinktiv jeder Lohnabhängige, und er wird mit Recht für eine sozialistische Alternative nicht zu gewinnen sein, wenn er nicht weiss, was im Dezentralisierungssozialismus an alternativer Sozialpolitik auf ihn zukommt. Heute wird vom Bürgertum das System der sozialen Sicherung sehr offensiv in Frage gestellt. Das sind die wirklichen Probleme, auf die ein sozialistisches Programm eine klare Antwort zu geben hätte. Wie soll dieser Angriff abgewehrt werden? Welche kurzfristigen Forderungen sind zu stellen? Wie soll das System sozialer Sicherung im Übergang zum und im Selbstverwaltungssystem selbst gestaltet sein? Bis zum heutigen Zeitpunkt war die Politik der SPS zur Finanzpolitik völlig konzeptionslos, ohne klare Antwort auf die bürgerliche Offensive. Es nicht nicht zu vermuten, dass sie aufgrund des vorliegenden Programmentwurfs viel klarer wird. **Eine Analyse der Staatsfunktionen und ein daran anknüpfendes Konzept einer alternativen Sozialpolitik bilden genau wie die Wirtschaftspolitik einen unabdingbaren Bestandteil eines sozialistischen Konzepts, wenn dieses von der lohnabhängigen Bevölkerung ernstgenommen werden soll.**

Was im Programmentwurf ebenfalls zu wenig klar ausgesprochen wird, ist die Tatsache, dass eine Verstaatlichung der leitenden und dominierenden wirtschaftlichen Sektoren die unabdingbare Voraussetzung ist, um mit der Logik

des Kapitals zu brechen und damit die Wirtschaft demokratisieren und planen zu können; ja, damit in einer Übergangsphase überhaupt trotz Unternehmerstreik und Kapitalflucht weiterproduziert werden kann. Verstaatlichungen der führenden Industrien und des Bankensystems führen zwar nicht automatisch zur Demokratisierung der Wirtschaft, sind aber dennoch deren unabdingbare Voraussetzung. Um zu verhindern, dass das Selbstverwaltungsexperiment nicht zum ökonomischen Zusammenbruch führt, wäre ein Konzept der Investitionspolitik im verstaatlichten Sektor Voraussetzung. Voraussetzung von Planung und Demokratisierung ist die Ausdehnung des staatlichen und damit des planbaren und demokratisierbaren Sektors. Auch an diesem wichtigen Punkt bleibt der Programmentwurf leider unklar und zu unbestimmt. Haben die Autoren da Angst vor dem eigenen Mut bekommen?

Während Verstaatlichung und Demokratisierung der Wirtschaft nicht im Gegensatz zueinander stehen, besteht unbestreitbar ein Spannungsverhältnis zwischen Selbstverwaltung der Betriebe und staatlicher Rahmenplanung. Die Gefahr besteht, dass es in einem System der Selbstverwaltung zu einer Verfestigung betriebsegoistischer Interessen kommen kann. Meist wird diese Problematik zur Rechtfertigung herbeigezogen, um die Selbstverwaltung oder demokratische Entscheidungsmöglichkeiten einzuschränken. Es scheint mir richtig, dass der Programmentwurf hier in eine andere Richtung weist: das Problem, das Spannungsverhältnis kann nicht bürokratisch gelöst werden, sondern nur durch demokratische Diskussion der Interessenkonflikte und möglichst weitgehende demokratische Entscheidungsmechanismen. In jedem Fall muss die Autonomie betrieblicher, kommunaler, regionaler Entscheidungsbereiche gegenüber zentraler Rahmenplanung gewahrt bleiben.

Einen utopischen Anstrich enthält der Programmentwurf vor allem deshalb, weil nicht genügend klar gemacht wird, wie überhaupt der Logik des Kapitals die Logik der Demokratie entgegengesetzt werden kann. Gerade an dieser Stelle hätte ein Selbstverwaltungsprogramm viel Konkretes aufzeigen können. Es hätte klar herausgearbeitet werden müssen, dass Mobilisierung, Masseninitiative, Erweiterung der demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten und der Aufbau verschiedener Formen der Selbstorganisation der abhängigen Bevölkerung im Produktions- und Reproduktionsbereich die entscheidenden Voraussetzungen sind, um den Bruch mit dem Kapitalismus einzuleiten. Eine Umwälzung kommt weder vom Himmel, noch kommt sie von einer Avantgarde. Die entscheidende Frage, die es zu lösen gilt, ist, **wie die Selbstverwaltung als Prozess, als Entwicklung des bewussten sozialen Handelns begriffen werden kann**. Nicht Dezentralisierung und Neutralisierung des Kapitals etc. sind die Belange, die in einem Programm abgehandelt werden müssen, sondern wie in den Betrieben die innerbetrieblichen Machtstrukturen verändert und Gegenmacht aufgebaut werden kann, damit die Betriebe überhaupt zu Orten der Arbeiterselbstverwaltung werden können.

Die Hierarchie im Betrieb muss abgebaut werden, die isolierte und untergeordnete Stellung der Lohnabhängigen, die Desinteresse an betrieblichen und gesellschaftlichen Entwicklungen verursacht, muss aufgehoben werden. An die Stelle der betrieblichen Hierarchie tritt die Selbstorganisation der Arbeiterschaft. Die Umgestaltung des Produktionsbereichs, d.h. der Entscheidungs- und Machtverhältnisse in den Fabriken, müsste das Kernstück eines Selbstverwaltungsprogramms im sozialistischen Sinne bilden. Die Selbstverwaltung, d.h. die Leitung der Betriebe durch die Arbeiterschaft selbst, stellt dabei nur den Abschluss eines Prozesses dar, der im Programmentwurf konkret aufzuzeigen wäre. Welches sind die ersten Schritte? Was gedenkt die SPS zu diesem Prozess in Zukunft wirklich beizutragen? Das sind die brennenden Fragen.

Abschliessend noch einige Bemerkungen zum Problem von Sozialismus und Demokratie. Das Problem der Demokratie im Sozialismus ist das Problem der demokratischen Beteiligung an allen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen und ihrer Absicherung. Dies gilt natürlich nicht erst für die sozialistische Gesellschaft, sondern auch schon für den Weg zum Sozialismus und für die Einleitung des berühmten Bruchs mit dem Kapitalismus. Der demokratische Gehalt eines sozialistischen Programms bemisst sich vor allem daran, was an konkreten Ausführungen über das Problem der Mobilisierung und Massenbeteiligung heute und in der Phase des Übergangs zum Sozialismus enthalten ist. Gerade zu diesem zentralen Punkt findet man im Programm wenig. Es wird nicht klar, wie die Selbstverwaltung eingeführt werden soll, ob per Dekret der Technokraten oder durch Überzeugungskraft und die Redegewalt der Dichter und Philosophen. Die Demokratisierung der Gesellschaft ist nicht primär eine organisatorische Frage, wie man dem Programmentwurf nach manchmal meinen könnte. Als eine der Hauptvoraussetzungen des Selbstverwaltungssozialismus erscheint z.B. auf Seite 38 die Dezentralisierung. Was soll das? Nicht Dezentralisierung ist eine Garantie für Selbstverwaltung, sondern die Beseitigung der Herrschafts- und Klassenverhältnisse in den Betrieben. In diesem Sinne sind die Garanten der Demokratisierung und der Selbstverwaltung nicht primär die im Programmentwurf abgehandelten organisatorischen Massnahmen, sondern die verschiedenen Formen der Selbstorganisation der Lohnabhängigen wie demokratische Gewerkschaften, Arbeiterräte, Komitees usw. Bezeichnenderweise ist die Rolle, die den Gewerkschaften im Programmentwurf zugewiesen wird, äusserst blass; den Begriff der Räte oder anderer Formen der Selbstorganisation der Arbeiterschaft sucht man im Programmentwurf vergebens. Welches die Rolle der Gewerkschaften im Selbstverwaltungssozialismus noch sein soll, ist noch unklarer. Genau an diesen Punkten aber lässt sich der demokratische Gehalt eines Programms abschätzen, und er ist bestimmt nicht so gross wie die ständigen Beschwörungen des demokratischen Sozialismus Glauben machen wollen. In diesem Zusammenhang sei abschlies-

send bemerkt, dass ein Bekenntnis zum Pluralismus innerhalb dem Parteienspektrum der Arbeiterbewegung und ein Bekenntnis zur Einheitspolitik dem Programmentwurf keinen Abbruch getan hätte. Weder die Praxis der Partei noch der vorliegende Programmentwurf rechtfertigen, die SPS unterschwellig als einzig legitime Vertreterin der Interessen der Arbeiterschaft darzustellen.

*

Inserat

10 JAHRE STIFTUNG STUDIENBIBLIOTHEK zur GESCHICHTE der ARBEITERBEWEGUNG - ZüRICH 1971 - 1981

Unsere Sammlung ist in diesen Jahren auf ca. 20'000 Bücher, 1000 abgeschlossene und 500 laufende Zeitungen angewachsen. Dossiers mit Broschüren und Kleinschriften und ein seit 1955 geführtes Zeitungsarchiv machen die Studienbibliothek zu einer Fundgrube für die verschiedenartigsten Interessen. In ihren Räumen finden Gesprächs-, Bildungsabende und seit kurzem nun auch Videoveranstaltungen statt. Drei halbtags beschäftigte Mitarbeiter und freiwillige Mithilfe machen den Betrieb möglich.

Damit der Betrieb weiterhin gesichert bleibt, rufen wir jede/jeden zur aktiven/passiven Unterstützung auf:

0 ich möchte Mitglied des Fördervereins werden (Jahresbeitrag 30.--, Kollektive 50.-- sfr.)

0 ich möchte die Arbeit der Studienbibliothek als Gönner mit sfr. ..... monatlich unterstützen.

0 ich interessiere mich für aktive Mitarbeit

0 Bitte schickt mir 1 Ex. des Bibliotheksführers zum Kennenlernen oder ..... Exemplare à sfr. 2.- zur Verteilung.

Oeffnungszeiten: Montag - Freitag 14 - 18 Uhr

Ab Januar 1982 findet jeden Donnerstagabend 20 Uhr an der Wildbachstrasse 48 abwechslungsweise Videoveranstaltungen und Kursabende zum Thema 'Von der Utopie zur gesellschaftlichen und sozialistischen Praxis' statt. Wir freuen uns auf Ihren/Euren Besuch.